

Schlesinger-Prozess: Neuer Termin für das umstrittene Verfahren in Berlin

Der Schlesinger-Prozess vor dem Landgericht Berlin wurde auf den 15. Januar 2025 verschoben. Streit um Ruhegeld und Rückzahlungen.

Frühere rbb-Intendantin im Mittelpunkt von Rechtsstreit

Berlin (ots)

Der Rechtsstreit um Patricia Schlesinger, die ehemalige Intendantin des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), zieht sich weiter hin. Der Prozess, den sie gegen ihren ehemaligen Arbeitgeber angestrengt hat, wird nun erst am 15. Januar 2025 stattfinden. Ursprünglich war der Start für den 20. November 2024 vorgesehen, wie das Landgericht Berlin bestätigte.

Hintergründe zum Konflikt

Derzeit steht Schlesinger vor Gericht, da sie Ruhegeld von ihrem früheren Arbeitgeber einfordert. Dieses Ruhegeld wäre 78 Prozent ihres Basisgehalts und sollte ihr bis zum Beginn ihrer Rente zustehen. Allerdings hatte das Berliner Landesarbeitsgericht in einem früheren Zusammenhang bereits klargestellt, dass solche Ansprüche entfallen können, wenn gravierende Pflichtverletzungen seitens der Intendantin vorliegen.

Widerspruch des rbb und gerichtliche Auseinandersetzungen

Der rbb hat auf die Klage von Schlesinger mit einer Widerklage reagiert. Diese beinhaltet unter anderem die Rückforderung von Boni in Höhe von etwa 270.000 Euro. Die Situation wirft Fragen zur Finanztransparenz und den Verträgen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf. Besondere Aufmerksamkeit erhielt diese Thematik, als das ARD-Magazin Kontraste die entsprechenden Ruhegeldverträge öffentlich machte.

Öffentliche Wahrnehmung und weitere Ermittlungen

Die Entwicklungen rund um Schlesinger erscheinen nicht nur als interner Streit innerhalb des rbb, sondern besitzen auch eine größere gesellschaftliche Relevanz. Der Verdacht der Untreue, gegen die ehemalige Intendantin von der Generalstaatsanwaltschaft Berlin untersucht, könnte Auswirkungen auf das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Institution des öffentlich-rechtlichen Rundfunks haben.

Fazit und Ausblick

Die Verschiebung des Prozesses ist nicht nur eine reine Formalität, sondern spiegelt das komplizierte Gefüge zwischen individuellen Ansprüchen und den Anforderungen an Transparenz und Verantwortung innerhalb von öffentlich-rechtlichen Medienhäusern wider. Bürger und Medienschaffende sind auf die kommenden Verhandlungen gespannt, wenn diese am neuen Termin stattfinden. Die zentrale Frage wird sein, inwieweit die Institution rbb aus dieser Krise als vertrauenswürdiger Akteur hervorgehen kann.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de